

maheli

Marzahn-Hellersdorf links

Die Linke

Bezirksverband
Marzahn-Hellersdorf

Informationsblatt

34. Jahrgang / 2. Quartal 2024



Zeit für Gerechtigkeit. Zeit für Haltung. Zeit für Frieden.

Liebe Leserinnen und Leser,
bei den anstehenden Europawahlen am 9. Juni kommt es auf Ihre Stimme an. Schaffen wir es, aus den vielen Krisen herauszukommen, die soziale Schieflage zu beenden und Entscheidungen über unsere Zukunft nicht länger Konzernen und Interessengruppen zu überlassen?

Viele wichtige Entscheidungen werden längst auf europäischer Ebene getroffen. Wie können wir Lebensmittel und Energie bezahlbar machen? Wie die Wirtschaft sozial gerecht umbauen? Wie die Umwelt- und Klimakatastrophe stoppen? Wie unsere Demokratie schützen und Frieden schaffen?

Die Linke macht dafür ein klares Angebot: Wir müssen den Markt grenzübergreifend regeln und Demokratie ausbauen. Reiche und Konzerne wollen wir endlich in die Verantwortung nehmen und zur Kasse bitten, um massiv in eine soziale, klimagerechte und umweltverträgliche Zukunft zu investieren – statt Europa den Konzernen und Rechten zu überlassen.

Die Linke will ein Europa der sozialen Gerechtigkeit, in dem alle Menschen in Würde und frei von Armut leben können. Eine demokratische EU, in der die Men-

schenrechte für alle gelten. Eine EU, die dem Frieden verpflichtet ist. Ein Europa der globalen Gerechtigkeit, das damit aufhört, den Globalen Süden durch Freihandelsverträge und im Interesse von Konzernen auszubeuten. Eine EU, in der Mensch und Natur mehr zählen als der Profit. Dafür werben wir um Ihre Unterstützung. Dazu laden wir Sie ein.

Die letzten Jahre haben gezeigt: Eine starke linke Stimme im Europaparlament macht einen Unterschied. Wir haben dazu beigetragen, dass ein gesetzlicher Mindestlohn in Europa eingeführt wird, der Millionen Beschäftigte aus der Armut führt oder ihre Armut deutlich mindert. Das zeigt: Eine starke Linke stärkt soziale Sicherheit in Europa und baut aus, was Leben und Alltag besser macht.

In der aktuellen Ausgabe der MaHeLi stellen wir Ihnen die Kernforderungen der Linken für die Europawahl vor und richten einen kritischen Blick darauf, welche Probleme in unserem liebenswerten Bezirk Marzahn-Hellersdorf existieren und welche Antworten Die Linke als Kümmerin vor Ort hat.

Ich wünsche Ihnen viel Spaß beim Lesen!
IHR KRISTIAN RONNEBURG

Inhalt

Die finanzielle Belastung steigt in Europa und Deutschland, während die Konzernprofite steigen. CDU und SPD in Berlin wollen die Bürger weiter belasten. Lesen Sie auf **Seite 2**, was der Vorschlag des CDU-Finanzsenators für die neue Grundsteuer bedeutet.

Die gescheiterte Klimapolitik der Bundesregierung betrifft vor allem Menschen mit niedrigen und mittleren Einkommen. Auf **Seite 3** erfahren Sie, was die Klimapolitik des CDU-geführten Bezirksamtes bedeutet und wie unsere „Gärten der Welt“ ausverkauft werden sollen.

Im Interview auf den **Seiten 4-5** stellen wir unseren Spitzenkandidaten für die Europawahl, Martin Schirdewan, und unsere Kandidatin Ines Schwerdtner vor, die sich für die Interessen des Ostens einsetzt.

Der Angriffskrieg von Putin auf die Ukraine hat viele erschüttert. Auf **Seite 6** erinnern wir an die Namensgeberin unseres Friedensparks am Kienberg.

Deutschland investiert im europäischen Vergleich zu wenig ins Gesundheitssystem. Auf **Seite 7** werfen wir einen Blick auf die unzureichende medizinische Versorgung in unserem Bezirk und mögliche Gegenmaßnahmen.

Auf **der letzten Seite** finden Sie alle Informationen zur Linken im Bezirk Marzahn-Hellersdorf und ein Gewinnspiel.

Preise runter, Profite deckeln!

Die Profite der Konzerne gehen durch die Decke. Die Löhne nicht. Die Kosten für Miete, Essen, Benzin, Strom und Heizung explodieren. Für viele Menschen reicht das Geld nicht mehr bis zum Monatsende. Mehr als 100 Millionen Menschen in Europa arbeiten zu Niedriglöhnen – gemessen an den Löhnen ihres jeweiligen Landes. In Deutschland ist es jede*r sechste, in Ostdeutschland jede*r dritte in Vollzeit. Unternehmen nutzen die niedrigeren Löhne in anderen EU-Staaten aus, um Gewinn zu machen. Die EU verlangt, dass keine Armutslöhne gezahlt werden und dass möglichst alle Beschäftigten von Tarifverträgen geschützt werden. In Deutschland sind es nicht mal die Hälfte. Aber die deutsche Regierung tut nichts. In Deutschland müsste der gesetzliche Mindestlohn über 14,14 Euro liegen. Die Linke fordert: Aufrunden auf 15 Euro! Der Druck in der Arbeit nimmt zu und der Berg der unbezahlten Überstunden wächst. Die Linke streitet für Arbeit, die zum Leben passt: 4-Tage-Woche oder die 30-Stundenwoche mit vollem Lohnausgleich und mit mehr Personal.

Grundsteuer-Reform nicht zulasten des Ostens!

Niedrige und mittlere Einkommen werden auch durch steigende Preise, Abgaben und Steuern belastet. Genau in diesem Moment legt nun CDU-Finanzsenator seinen Entwurf zur Umsetzung der Grundsteuer-Reform vor, die erhebliche Auswirkungen auf die Menschen in unserem Bezirk haben wird.

Die Linke in Marzahn-Hellersdorf setzt sich für eine Grundsteuer-Reform in Berlin ein, die nicht zulasten des Ostens geht. Anstoß für die 2018 auf den Weg gebrachte Grundsteuerreform war ein Urteil des Bundesverfassungsgerichts. Die Grundsteuer wird nicht entsprechend dem Gleichheitsprinzip erhoben und ist somit verfassungswidrig. Problematisch ist vor allem, dass – aufgrund der Deutsch-Deutschen Teilung – für die Berechnung der Steuerlast im alten West-Teil der BRD die Grundstückswerte von 1964 zu Grunde gelegt werden, auf dem Gebiet der ehemaligen DDR allerdings noch die Werte von 1935 gelten.

Berlin ist das einzige Bundesland, in dem beide Einheitswerte innerhalb eines Erhebungsgebietes



vorliegen (Ost- und Westberlin). Da Entscheidungen nur für das gesamte Stadtgebiet getroffen werden können, führt eine Be-/Entlastung im Osten immer auch zu einer Be-/Entlastung im Westen.

Aus Marzahn-Hellersdorf gibt es bereits Rückmeldungen von Grundstücksbesitzern, die künftig das Doppelte bis Dreifache als Grundsteuer zahlen müssen. Der CDU-Finanzsenator sollte schnell Klarheit schaffen und erklären, wie die zukünftige Härtefallregelung ausgestaltet werden soll. Soziale Härten müssen vermieden werden!

Ein zentrales Problem bei der Grundsteuer besteht aus Linker Sicht darin, dass die Grundsteuer nach wie vor als Nebenkosten auf die Mieterinnen und Mieter umgelegt werden kann und in der Regel auch wird. Für Berlin, die Hauptstadt der Mieterinnen und Mieter, bedeutet ein Anstieg der Grundsteuerlast vor allem höhere Nebenkosten für die Mieterschaft. Hier ist die Ampel-Koalition in der Pflicht das endlich zu ändern. Mieterinnen und Mieter sollten nicht weiter belastet werden!

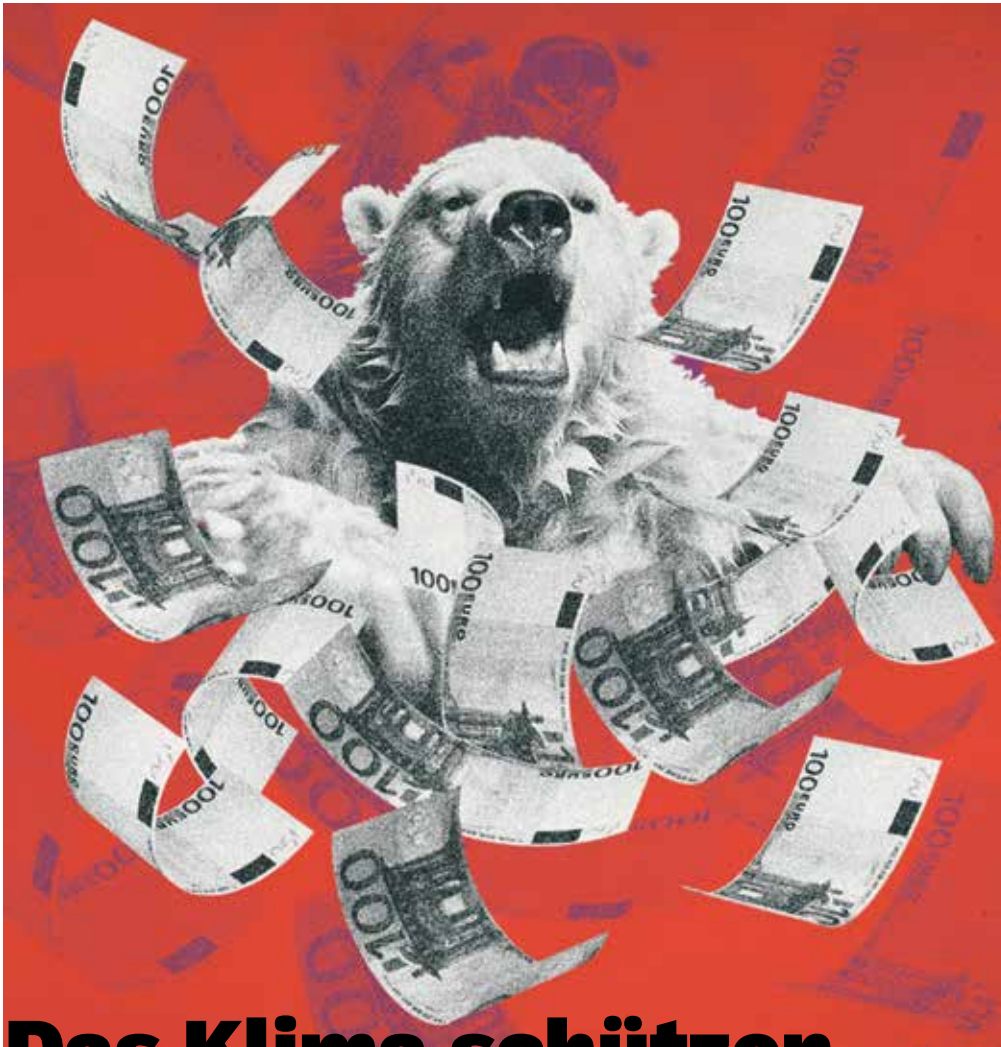
Niemand darf seine Wohnung verlieren

Doch CDU und SPD haben im ersten Jahr ihrer gemeinsamen Koalition in Berlin für die Mieterinnen und Mieter der landeseigenen Wohnungsunternehmen dramatische Verschlechterungen beschlossen: Der bisherige Mietstopp, für den sich die Linksfraktion erfolgreich eingesetzt hatte, wird von CDU und SPD gestrichen. Der Kündigungsschutz wird ausgehöhlt. Bei energetischer Modernisierung drohen weitere Mietsteigerungen. Angesichts von immer weiter steigenden Preisen darf nicht auch noch die Miete teurer werden. Wir fordern die Einführung eines dauerhaften Mietendeckels und die Möglichkeit, ihn auf Landesebene einzuführen. Wir fordern auch Geld für die landeseigenen Wohnungsunternehmen, um in den nächsten 10 Jahren 75.000 gesicherte Sozialwohnungen zu bauen. Niemand darf seine Wohnung verlieren.



**Immer auf dem Laufenden bleiben:
Jetzt den Newsletter unserer
BVV-Fraktion abonnieren!**

www.linksfraktion-marzahn-hellersdorf.de/newsletter



Das Klima schützen, nicht die Profite der Konzerne

Der Klimakatastrophe bedroht das Überleben unserer Kinder auf dem Planeten. Je reicher Menschen sind, desto mehr CO₂ stoßen sie aus. 100 Konzerne verursachen den übergroßen Teil des CO₂-Ausstoßes. Die Bundesregierung schafft es nicht, sich mit diesen größten Verursachern des Klimawandels anzulegen. Unternehmen bekommen staatliche Förderungen, damit sie ihre Produktion klimafreundlich umstellen. Die Gewinne und Dividenden gehen weiter in private Taschen. Die CO₂-Preise treffen jene besonders hart, die ohnehin schon kaum über die Runden kommen – für Superreiche ist das Kleingeld. Die Linke fordert: klare Vorgaben für die Unternehmen und echte Alternativen für die Menschen. Wir streiten für eine Energiewende mit gemeinnützigen Energieerzeugern und sozial gestaffelten Preisen. Für einen klimafreundlichen Umbau der Wirtschaft, der sichere Arbeitsplätze mit guten Löhnen schafft. Zur Entlastung von den CO₂-Preisen fordern wir ein soziales Klimageld, das Menschen mit niedrigen und mittleren Einkommen besonders unterstützt.

Klimapolitik der CDU in Marzahn-Hellersdorf: Abholzen!

Marzahn-Hellersdorf ist ein grüner Bezirk. Damit das auch so bleibt, muss jedoch etwas getan werden. Allein durch Bauprojekte und Pflegemaßnahmen in den Grünanlagen des Bezirks sind in den vergangenen Jahren hunderte Bäume ersatzlos gefällt worden. Bäume sind die grüne Lunge unseres Bezirks und das Bezirksamt muss diese viel schneller aufforsten. Seit Jahren findet im Grünflächenamt unter der CDU das genaue Gegenteil statt. Die Baumbilanz des Bezirks ist katastrophal. Im letzten Jahr wurden etwa 1400 Straßenbäume gefällt. Die Neupflanzungen können lange damit nicht mithalten. Dabei pflanzt der Senat über die spendenfinanzierte Stadtbaumkampagne mehr Bäume als der Bezirk Marzahn-Hellersdorf, der eigentlich für die Straßenbäume zuständig ist. Absolut gerechnet hat der Bezirk in zwei Jahren etwa jeden 9. Straßenbaum verloren. Hinzu kommt, dass das CDU-geführte Grünflächenamt bei Fällungen vorrangig Ausgleichszahlungen anstelle von Neupflanzungen verlangt. So bekommt der

Bezirk zwar Geld, verliert aber weiterhin Bäume.

Was den Umgang mit dem Grün in unserem Bezirk angeht, scheint die CDU auch beim klimaverträglichen Bauen kein Interesse daran zu haben. Trotz massiver Proteste von Bürgerinnen und Bürgern hatte das CDU-geführte Bezirksamt die Abholzung der Bäume an der Bruno-Baum-Straße für eine neue Schule, die von Rot-Rot-Grün geplant wurde, begonnen. Dabei wurden keine ernsthaften Schritte seitens des Bezirksamtes unternommen, um zumindest einen Teil der Bäume zu erhalten. Die durch den Neubau bedrohte Weide ist tief historisch verwurzelt, charakterprägend für den Kiez und nicht ohne Grund namensgebend für die vorausgegangene Oberschule am gleichen Standort gewesen.

Nicht nur für diesen Standort fordert die Linke Ersatzpflanzungen für jeden gefällten Baum. Zusätzlich zur regulären Nachbepflanzung sollten noch in dieser Wahlperiode mindestens 1000 Bäume gepflanzt werden. Bäume haben wichtige Funktionen für Natur und Umwelt, sie kühlen das Mikroklima ab, bieten Lebensraum für zahlreiche Tierarten und fördern allgemein das Wohlbefinden. Es ist also dringend notwendig, dass wir daran arbeiten, die Baumbilanz zu verbessern. Bürgerinnen und Bürger in Marzahn-Hellersdorf sollten die Möglichkeit für die Übernahme von Baumpatenschaften bekommen oder selbst Bäume spenden und pflanzen können. Dabei möchten wir auch die Entstehung von kleinen Wäldchen, so genannten „Tiny Forests“, fördern.

Kein Ausverkauf der „Gärten der Welt“!

Geht es nach der CDU soll unser Grün jedoch künftig privaten Investoreninteressen geopfert werden. Wir lehnen den Plan von CDU und SPD, ein Hotel auf dem Gelände der „Gärten der Welt“ zu errichten, entschieden ab. Mit uns wird es keine Privatisierung öffentlicher Flächen geben. Die Gärten dienen in erster Linie der Naherholung, Entspannung und Einkehr. Sowohl die bisher vom CDU-geführten Bezirksamt nicht veröffentlichte Potentialstudie für Hotelstandorte als auch die kürzliche Befragung der Gäste der „Gärten der Welt“ haben ergeben, dass es weder den Wunsch noch die Nachfrage nach einem solchen Hotel gibt. Statt öffentliche Flächen für den Bau von Hotels zu verscherbeln und die „Gärten der Welt“ ihres Charakters zu berauben, sollten CDU und SPD besser daran arbeiten die Gärten für alle Altersgruppen weiterzuentwickeln.

Wir fordern stattdessen die nachhaltige Förderung der Gartenkulturen, die Schaffung weiterer familiengerechter Angebote, die Verbesserung des gastronomischen Angebotes, die zusätzliche Schaffung von Sport- und Freizeitangeboten, die Integration der Seilbahn in den öffentlichen Nahverkehr sowie den Bau der seit Jahren versprochenen Multifunktionshalle für ein Indoor-Bildungsangebot und als intelligente Parkplatzlösung zur Entlastung der Anwohnerinnen und Anwohner der Gärten.



Kandidieren zur Europawahl:
**Martin Schirdewan &
 Ines Schwerdtner**
 im Interview

„Die Linke macht Druck dafür, dass die Politik für alle macht - statt für Reiche Konzerne.“

MaHeLi: Liebe Ines, lieber Martin, vielen Dank, dass ihr in der frühen Phase des Europawahlkampfes Zeit für ein Interview gefunden habt. Wir platzen auch gleich rein mit der ersten Frage: Worum geht es politisch am 9. Juni bei den Europawahlen – Was steht auf dem Spiel und was will Die Linke erreichen?

Martin: Am 9. Juni gibt es eine Richtungsentscheidung: Wie geht es in Europa weiter? Angesichts der Krisen ist es für die vielen Menschen mit mittleren und niedrigen Einkommen entscheidend, dass es im Europaparlament in Zukunft eine starke und unbestechliche Stimme für soziale Gerechtigkeit gibt. Denn viele wichtige Entscheidungen werden längst auf europäischer Ebene getroffen. Die Linke macht Druck dafür, dass die EU Politik für alle macht - statt ausgerechnet für Reiche und Konzerne. Wir sagen:

Es braucht eine Zeitenwende für Gerechtigkeit statt endlosen Rüstungswettlauf. Wir kämpfen für massive Investitionen in bessere Arbeitsbedingungen, bezahlbaren Wohnraum, gute Bildung und Gesundheitsversorgung für jeden. So können wir den wirtschaftlichen Umbau sozial und klimagerecht schaffen – und den Reichen das Wasser abgraben.

„Wir sagen: Es braucht eine Zeitenwende für Gerechtigkeit statt endlosem Rüstungswettlauf.“

Ines: Genau, es geht um eine Richtungsentscheidung: Ob sich Europa weiter abschottet, aufrüstet, verarmt und den fossilen Konzernen hingibt. Wenn es zu einem Rechtsruck im Parlament kommen sollte, braucht es eine Stimme, die sich für die Interessen der Menschen und nicht zuletzt für hart erkämpfte Grundrechte einsetzt. Ich sage es immer und meine es auch ernst: Es geht um alles.

MaHeLi: Martin, du bist ein erfahrener Wahlkämpfer und Europaparlamentarier, viele Bürgerinnen und Bürger fühlen sich immer weiter entfernt von „Brüssel“ und nicht gehört – Vorurteil oder Realität? Was macht Die Linke für eine EU, die nah an den Menschen ist?

Martin: Viele sind zu Recht von der EU enttäuscht, weil sie das Gefühl haben, dass ihre Sorgen und

Probleme nicht gehört werden. Immer mehr Menschen haben z.B. Schwierigkeiten die gestiegenen Energie- und Lebensmittelpreise zu zahlen. Zu oft geht es in Brüssel aber um die Interessen von Rüstungs-Konzernen und Lobbyisten. Aber das muss nicht so bleiben: Wir setzen uns dafür ein, dass die EU demokratischer wird und die Bürgerinnen und Bürger mehr einbezieht, indem das Parlament deutlich gestärkt wird. Damit die EU wirklich für die Menschen da ist.

Dass das möglich ist, zeigen unsere Erfolge. Wir haben z.B. mit dafür gesorgt, dass ein gesetzlicher Mindestlohn in Europa eingeführt wird, der Millionen Beschäftigte aus der Armut führt und wir haben entscheidenden Druck für das Gesetz zum Schutz von über 5,5 Millionen Arbeitenden auf den digitalen Plattformen gemacht.

MaHeLi: *Ines, du kandidierst das erste Mal für das Europaparlament und willst für den Osten streiten. Was hast du konkret vor? Ist der Osten Deutschlands nicht im Fokus der EU?*

Ines: In der EU geht es ja häufig um abgehängte Regionen und den Strukturwandel. Bundesweit und auch europaweit ist der Osten nach der neoliberalen Schocktherapie der 90er Jahre immer noch stark betroffen. Das ist auch der Nährboden für den Aufstieg der Rechten heute. Deswegen gilt es, die Interessen des Ostens zu vertreten und für Investitionen, Arbeitsplätze und Perspektiven zu streiten. Milliarden an Geldern werden in der EU für den Strukturwandel verteilt. Wir wollen, dass dieses Geld den Menschen zugute kommt, nicht nur den Unternehmen.

MaHeLi: *Warum sollten die Menschen, gerade im Osten Deutschlands, Die Linke wählen?*

Ines: Weil Die Linke schon immer die Stimme des Ostens war und sich auch immer für die Menschen im Osten einsetzen wird. Keine der anderen Parteien kann das glaubwürdig von sich sagen.

Martin: Die Menschen im Osten Deutschlands sind bei uns an der richtigen Adresse, weil wir ihre Anliegen und Sorgen verstehen. Eine starke Linke macht soziale Sicherheit stark und baut aus, was den Alltag besser macht. Wir wissen aus eigener Erfahrung, dass viele Menschen heute noch mit den Folgen der

Treuhand-Politik und der daraus folgenden Benachteiligungen zu tun haben. Immer noch verdienen die Menschen hier deutlich weniger als im Westen. Die Linke ist die Stimme derjenigen, die oft übersehen werden - und wir werden hart dafür kämpfen, dass ihre Stimme gehört wird.

MaHeLi: *Für viele Menschen ist oft nicht greifbar, welche politischen Hebel in der Europäischen Union in Bewegung gesetzt werden können, um für mehr Gerechtigkeit für alle sorgen zu können. Was muss aus Sicht der Linken auf europäischer Ebene für mehr soziale Gerechtigkeit, Deckelung von Profiten und gegen explodierende Preise getan werden?*

„Milliarden an Geldern werden in der EU für den Strukturwandel verteilt. Wir wollen, dass dieses Geld den Menschen zugute kommt.“

Martin: Es ist wichtig zu verstehen, dass die EU nicht abstrakte Entscheidungen trifft, sondern sie sehr konkrete Auswirkungen auf unser tägliches Leben hat. Die Bilanz der EU-Kommission ist desaströs: Immer mehr Menschen können ihre Energierechnungen nicht bezahlen und die Lebensmittelpreise explodieren, Lebensmittel haben sich um 30 Prozent verteuert, auch weil Konzerne und Discounter die Gierflation weiter anheizen. Dagegen braucht es endlich eine echte Übergewinnsteuer, konsequente Preiskontrollen, deutlich mehr Geld für soziale Entlastungen und höhere Mindestlöhne.

MaHeLi: *Die Linke betont ebenso die Klimagerechtigkeit in ihrem Programm. Ines, glaubst du, dass es gelingen kann, gerade in Brüssel die Interessen des Klimaschutzes und damit den Schutz von uns allen gegen die Interessen der Konzerne durchzusetzen?*

„Die Linke ist die Stimme derjenigen, die oft übersehen werden - und wir werden hart dafür kämpfen, dass ihre Stimme gehört wird.“

Ines: Hier werden im Zuge des europäischen „Green Deals“ die Entscheidungen über Milliarden an Subventionen getroffen. Wir wollen diese Subventionen an Bedingungen wie Arbeitsrechte und Klimaschutz knüpfen. Außerdem sagen wir als einzige Partei: öffentliches Geld muss zu öffentlichem Eigentum werden. Nur so können wir die Produktion demo-

kratisch kontrollieren und etwa im Energiesektor den großen Konzernen die Macht über die Preise nehmen.

MaHeLi: *Die europäische Integration war immer damit verbunden, dass die europäischen Länder sich enger zusammenschließen und den Frieden sichern. In den europäischen Parlamenten erleben wir seit Jahren das Erstarken rechtsextremer und rechtspopulistischer Parteien. Was könnte eine solche Mehrheit im Parlament für uns alle bedeuten und wie können wir das verhindern?*

Ines: Wir haben natürlich keinen Einfluss auf das Ergebnis in anderen Ländern, aber der Aufstieg der Faschisten in Italien, Frankreich und anderen Ländern ist sehr beunruhigend. Wir als deutsche Linke haben aber eine besondere Verantwortung, weil Deutschland nach wie vor der Hegemon in Europa ist und Gesetze blockieren kann. Je stärker wir sind und mit anderen europäischen Linksparteien zusammenarbeiten, umso eher können wir dem Rechtsdrift mit sozialer Politik etwas entgegenzusetzen.

MaHeLi: *Es hat Presseberichte darüber gegeben, dass europäische Politiker aus diesen Kreisen - auch von der sogenannten AfD - Geld aus Russland erhalten haben sollen. Wie bewertest du das Martin?*

Martin: Die Vorwürfe, dass Politiker der AfD Geld von Putins Regime erhalten haben sollen, sind krass, aber sie wundern mich überhaupt nicht. Die Netzwerke der extremen Rechten müssen endlich ernsthaft untersucht werden. Wir müssen aber insgesamt sicherstellen, dass Politiker unabhängig sind und im Interesse der Bürgerinnen und Bürger handeln, nicht im Interesse von irgendwelchen Diktatoren oder Konzernen. Die Linke fordert eine umfassende Untersuchung dieser Vorwürfe und konkrete Maßnahmen, wie ein funktionierendes Lobbyregister, um die Unabhängigkeit unserer Politik zu gewährleisten.

MaHeLi: *Wie kann dieser verbrecherische Angriffskrieg Russlands auf die Ukraine beendet werden? Welche Antworten hat Die Linke?*

Martin: Der Krieg in der Ukraine ist ein schreckliches Gemetzel, für das Putin die Verantwortung trägt. Wir haben da, anders als andere Parteien, keine doppelten Standards - weder gegenüber der Nato und ihren Kriegen noch gegenüber Russland. Aber aus dem Westen immer mehr Waffen zu liefern ist offensichtlich kein Weg zum Frieden in der Ukraine. Ich finde, wir sollten eine breite diplomatische Allianz von Brasilien bis China schmieden, um Putin an den Verhandlungstisch zu zwingen. Aber um das international wirklich zu erreichen, braucht es eigenständige Kooperations-Angebote, statt weiter nur im Windschatten der USA und westlicher Interessenpolitik zu segeln.

MaHeLi: *Liebe Ines, lieber Martin, wir danken euch für das Gespräch und wünschen euch einen erfolgreichen Wahlkampf!*

In Frieden investieren, nicht in Kriege

Der verbrecherische Angriffskrieg von Putin auf die Ukraine hat viele Menschen erschüttert. Die EU verpflichtet die Staaten, mehr Geld in die Aufrüstung zu stecken. Die Bundesregierung hat schnell 100 Milliarden Euro für die Bundeswehr bereitgestellt. Das Ergebnis für die einen: Extragewinne bei der Rüstungsindustrie, die Aktienwerte haben sich verzehnfacht. Für uns andere: Rentenkürzungen, Kinderarmut, Pflegenotstand und Wohnungsnot. Der Rüstungsetat steigt, die Kindergrundsicherung ist gestrichen. Jetzt wird über den Einsatz von Atomwaffen und Bodentruppen gesprochen.

Die Eskalation geht weiter, das Sterben geht weiter. Wer auf Eskalation setzt, riskiert einen Weltkrieg. Die Linke will, dass Krieg als Mittel der Politik geächtet wird. Statt noch mehr Waffenlieferungen braucht es Verhandlungen für Waffenstillstand und Frieden. Wir wollen Atomwaffen verbieten. Wenn Vertreter der Wirtschaftslobby behaupten, wir müssten uns entscheiden zwischen „Kanonen oder Butter“, dann sagen wir: „Butter für alle!“ Stoppt die Aufrüstung!



80. Geburtstag von Jelena Santić

Die Linke Marzahn-Hellersdorf erinnert am **18. Juli** am Hellersdorfer Peace-Zeichen an die serbische Friedensaktivistin und Namensgeberin des Friedensparks am Kienberg. Wir laden herzlich zu einem Friedens- und Kinderfest ein.

Alle Informationen unter www.dielinke-mahe.de

Gegen Hass und rechte Hetze



Europa erlebt einen gefährlichen Rechtsruck. Nach Jahrzehnten des neoliberalen Abbaus von sozialen Rechten, der Abschottung vor Geflüchteten und einer Politik, die Verarmung bestimmter Regionen und Länder in Kauf genommen hat, sind in vielen Ländern Parteien der extremen Rechten auf dem Vormarsch, mancherorts regieren sie bereits mit. Zu oft übernehmen die bürgerlichen Parteien Sprache und Forderungen der extremen Rechten und stärken sie dadurch. Der Effekt ist eine Erosion von Demokratie, Menschenrechten und Humanität auf europäischer Ebene. Dies ist untrennbar verbunden mit der Militarisierung der Gesellschaft.

Die Linke stellt sich der extremen Rechten entgegen. Wir stehen überall auf gegen Nationalismus, völkische Ideologien und Rassismus, gegen antimuslimischen Rassismus und Antiziganismus, gegen Antisemitismus und Homophobie, gegen alle Formen der Menschenfeindlichkeit. Die Linke steht und kämpft für die Gleichheit aller Menschen: Die Würde des Menschen ist unantastbar. Aus dem „Nie wieder!“ der Befreiung vom Faschismus müssen Konsequenzen gezogen werden.

Das ist unser Antrieb und unser Auftrag.

Keine Profite auf Kosten der Gesundheit

Warten auf den Arzttermin, auf die Krebsoperation, in der Notaufnahme. Pflegekräfte arbeiten über ihre Kräfte und verlassen erschöpft den Beruf. Das ist Alltag in Deutschland. Wer arm ist, leidet häufiger an chronischen Krankheiten und stirbt früher. Das stimmt in Europa und in Deutschland. Die Linke streitet für bessere Versorgung für alle, unabhängig vom Einkommen. Andere europäische Länder investieren mehr Geld ins Gesundheitssystem, haben mehr Pflegekräfte je Patient*in und bezahlen sie besser. Das ist gut für die Beschäftigten und für die Patient*innen. Die Linke will Pflege und Gesundheit am Gemeinwohl und am Bedarf ausrichten – sie dürfen nicht unter die europäischen Wettbewerbsregeln fallen. Krankenhäuser und Pflegeheime sollen keine Gewinne an Aktionäre ausschütten dürfen. Das Geld muss zurück in Gesundheit und Pflege fließen. Die EU soll Gelder bereitstellen und Kommunen dabei unterstützen, privatisierte Krankenhäuser in die öffentliche Hand zurückzuholen.

Marzahn-Hellersdorf braucht Ärzte!

Was die Menschen in Marzahn-Hellersdorf am eigenen Leib erfahren, wird durch Zahlen bestätigt: wer eine Haus- oder Fachärztin finden oder bei diesen auch noch einen Termin vereinbaren möchte, begibt sich auf eine Odyssee. Dass die Kassenärztliche Vereinigung (KV) ihren Mitgliedern derzeit empfiehlt, ihre Behandlungsfälle um 10 Prozent zu senken, wird die Lage noch weiter verschlimmern. Das Modell der niedergelassenen Praxis ist vielerorts nicht mehr in der Lage, die flächendeckende medizinische Grundversorgung sicherzustellen. Die Situation wird sich mit der Krankenhausreform dramatisch zuspitzen, wenn der angekündigte Abbau von Krankenhausbetten tatsächlich eintritt. Trotz der prekären Lage bleibt der Senat von Kai Wegner (CDU) bisher untätig.

Die Linke Marzahn-Hellersdorf setzt sich für eine konzentrierte Strategie für den Ausbau von öffentlichen und nicht-profitorientierten medizinischen Zentren (MVZ) der Grundversorgung und eine integrierte Gesundheitsplanung ein. Dazu muss dringend umgesteuert werden, sonst wird sich die ambulante Versorgung weiter verschlechtern. Dafür brauchen wir auch geeignete Räume für Ärzte. Keine städtische Wohnungsbau-Gesellschaft hat aktuell vermietbare Räume für Ärzte, daher müssen Praxen bei allen Wohnungsbauprojekten eingeplant werden. Es ist ein Unding, dass unter Stadträtin Wessoly (CDU) ein privater Immobilienentwickler das ehemalige Ärztehaus an der Wuhle in Hellersdorf abreißen und 272 neue Wohneinheiten bauen darf, ohne eine einzige Arztpraxis vorzuhalten.

Nach dem Forum Kienberg sollte in unserem Bezirk eine weitere Praxis der Kassenärztlichen Vereinigung (KV) entstehen. Wir setzen uns dafür ein, dass diese im Vitahaus Marzahn in der Havemannstraße entsteht.



Pläne von Lauterbach gefährden das Krankenhaus Kaulsdorf

Nach 20 Jahren ist das wettbewerbliche Modell der Krankenhausfinanzierung über die Fallpauschalen an sein endgültiges Ende gekommen. Die Linke war Anfang der 2000er Jahre die einzige parlamentarische Kritikerin der damaligen Reform; unsere Vorbehalte wurden vollständig bestätigt. Die Fehlentwicklungen – Einsparungen beim Personal, insbesondere der Pflege, Unterfinanzierung von versorgungswichtigen Bereichen, wie der Kinder- oder der Notfallmedizin, Unwirtschaftlichkeit kleinerer Häuser in der Fläche – lassen sich nicht mehr ignorieren. Zeitgleich ginge mit den Vorschlägen von Gesundheitsminister Karl Lauterbach (SPD) über das Modell von Versorgungsstufen eine dramatische Reduzierung von Krankenhauskapazitäten einher. Erste Schätzungen der Berliner Krankenhausesellschaft zufolge würde eine Umsetzung für Berlin einen Bettenabbau von derzeit 22.000 Betten auf etwa ein Drittel – also gut 7.000 Betten – bedeuten. Der Entwurf von Lauterbach berücksichtigt weder die spezifische Krankenhauslandschaft unseres Stadtstaates, noch die soziale und gesundheitliche Situation der Bevölkerung.

Die interne Analyse des landeseigenen Konzerns Vivantes kam zu dem Ergebnis, dass drei der sieben Vivantes-Großkrankenhäuser schließen müssten.

Darunter ist auch das Klinikum Kaulsdorf. Formal wäre das Krankenhaus nur noch ein Level-I-Haus, d.h. es müsste auf viele Fachabteilungen und einen Großteil der Krankbetten verzichten. Level-I-Kliniken sah der Rohplan für Berlin jedoch gar nicht vor: Solche kleineren Häuser sollen nur dort bestehen, wo der nächste Maximalversorger 30 Kilometer entfernt ist. Das würde im Ergebnis das Aus des Klinikums bedeuten.

Wir als Linke stellen uns klar gegen diesen Kahl-schlag in der Krankenhauslandschaft. Das Vivantes Kaulsdorf muss erhalten bleiben. Wir erwarten, dass der Senat und das Bezirksamt Marzahn-Hellersdorf diese Inhalte der Reform klar ablehnen werden. Wir brauchen in Berlin eine echte Krankenhausreform, die wissenschaftlich fundierten Empfehlungen folgt, gute Arbeitsbedingungen befördert und die Verzahnung mit dem ambulanten Bereich in den Mittelpunkt rückt. Der Mengenlogik und damit der Unterfinanzierung wenig lukrativer Bereiche setzen wir eine integrierte Gesundheitsplanung mit stationärem, ambulantem und pflegerischem Bereich für Berlin entgegen. Wir werden um das Klinikum in Kaulsdorf kämpfen und wir hoffen auch viele mit uns.

Sprechstunden

Petra Pau (MdB)

» Tel: 030 99289380, E-Mail: petra.pau.wk01@bundestag.de; Sprechstunde: nach persönlicher Vereinbarung

Dr. Manuela Schmidt (MdB)

» Tel: 030 54980323, E-Mail: buero@dr-manuela-schmidt.de, Sprechstunde: nach persönlicher Vereinbarung

Kristian Ronneburg (MdB)

» jeden 1. + 3. Mittwoch im Monat von 16 - 18 Uhr, Voranmeldung unter Telefon: 030 47057520 / mobil: 0176 77212140, E-Mail: volkert@wk.linksfraktion-berlin.de

Björn Tielebein

Anmeldung per E-Mail: kontakt@linksfraktion-marzahn-hellersdorf.de oder tel. zu den Öffnungszeiten der BVV-Fraktion, s.u.

BVV-Fraktion

» Unser Büro ist montags von 15 - 17 Uhr, dienstags von 10 - 12 Uhr, mittwochs von 15 - 18 Uhr und donnerstags von 12 - 16 Uhr besetzt. Bitte schreiben Sie uns in dringenden Fällen eine E-Mail oder rufen Sie uns an. Kontaktdaten s.u. Weitere Infos unter: www.linksfraktion-marzahn-hellersdorf.de

Geschäftsstelle / Linker Treff
Henny-Porten-Straße 10-12,
12627 Berlin

Telefon: 030 5412130 / 030 9953508
Telefax: 030 99901561

Geänderte Öffnungszeiten unter
www.dielinke-mahe.de

Abgeordnetenbüros

» **Petra Pau (MdB)**, Telefon: 030 99289380, Henny-Porten-Straße 10-12, 12627 Berlin, 12627 Berlin
» **Dr. Manuela Schmidt (MdB)**, Telefon: 030 54980323, Helene-Weigel-Platz 7, 12681 Berlin
» **Kristian Ronneburg (MdB)**, Tel. 030 47057520, Cecilienplatz 5, 12619 Berlin

Kontakt zur BVV-Fraktion:

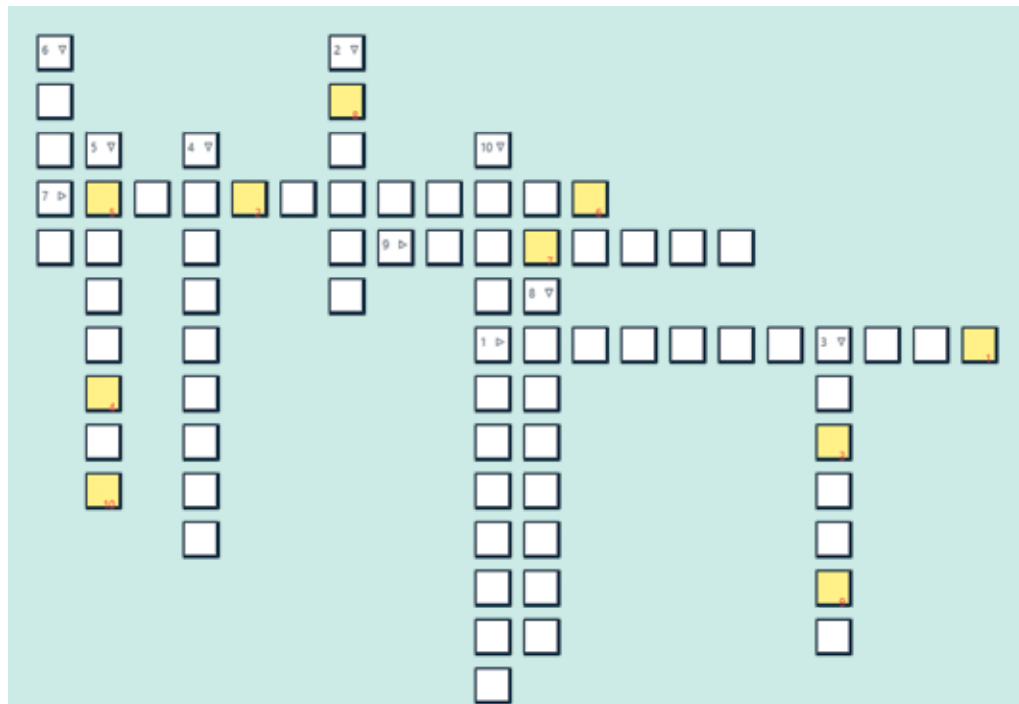
Linksfraktion Marzahn-Hellersdorf
Helene-Weigel-Platz 8,
12681 Berlin

☎ 030 902935820
☎ 0155 60020818
✉ fraktion@dielinke-marzahn-hellersdorf.de
🌐 www.linksfraktion-marzahn-hellersdorf.de
📍 LinksfraktionMarzahnHellersdorf
🐦 @LinksfraktionMH
📷 dielinke_mahe

Livestream der BVV-Sitzungen:

<https://www.videotron.de/marzahn-hellersdorf/>

Kreuzworträtsel



1. „Ein Gespenst geht um in Europa“, so lautet ein berühmter Satz von Marx und Engels. Um welches Gespenst geht es?
2. Was ist die höchste Punktzahl, die ein Land beim Eurovision Song Contest vergeben kann?
3. Die europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl (1951) geht auf eine Initiative des damaligen französischen Außenministers zurück. Wie heißt er?
4. Wer komponierte die Musik zur Europahymne?
5. Wie heißt das letzte Land, das der EU beigetreten ist? (2013)
6. Welcher ist der längste Fluss Europas?
7. Welches europäische Land hat die längste Mittelmeerküste?
8. Wie heißt die Meerenge, die den europäischen und den asiatischen Teil der Türkei voneinander trennt?
9. Am 18. Juni 1815 verlor Napoléon Bonaparte seine letzte Schlacht. Sie fand in einem Ort ca. 15 Kilometer südlich von Brüssel statt. Wie heißt der Ort?
10. Welcher ist flächenmäßig der kleinste Staat Europas?

2 Tageskarten für die Gärten der Welt inklusive Seilbahn zu gewinnen!

Kreuzworträtsel lösen und zwei Tageskarten für die „Gärten der Welt“ inklusive der Seilbahn gewinnen! Dazu die Lösung bis zum 07.06.24 an Redaktion-maheli@listserv.dielinke.berlin schicken. Teilnahmebedingungen: Teilnehmen kann jede natürliche Person mit Wohnsitz in Deutschland. Zur Teilnahme ist die formulierte Aufgabe zu erfüllen und an die Redaktionsadresse zu senden. Nicht teilnahmeberechtigt an dem Gewinnspiel sind Personen, die zum Zeitpunkt ihrer Teilnahme jünger als 14 Jahre alt sind. Der Rechtsweg ist ausgeschlossen. Die Auslosung findet per Zufallsgenerator bis spätestens 07.06.24 statt. Der Rechtsweg ist ausgeschlossen.

Die Linke

Bezirksverband
Marzahn-Hellersdorf

Folgen Sie uns:

📘 [fb.com/DIELINKE.Marzahn.Hellersdorf](https://www.facebook.com/DIELINKE.Marzahn.Hellersdorf)
📷 [instagram.com/dielinke_mahe](https://www.instagram.com/dielinke_mahe)
🐦 twitter.com/dielinke_mahe
📺 [youtube.com/@linkslive](https://www.youtube.com/@linkslive)
🌐 www.dielinke-mahe.de

Impressum

Marzahn-Hellersdorf links

Herausgeber: Die Linke Berlin. V.i.S.d.P.: Kristian Ronneburg. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht in jedem Falle die Meinung der Redaktion wieder. Leserschriften sind keine redaktionellen Meinungsäußerungen. Die Redaktion behält sich das Recht Sinn wahrer Kürzungen von Beiträgen vor. Anonyme Schreiben an die Redaktion werden nicht bearbeitet.

Fotos: Die Linke, Franziska Matthäs

Anschrift der Redaktion: c/o Die Linke, Henny-Porten-Straße 10-12, 12627 Berlin, Telefon: 030 5412130, Telefax: 030 99901561
Internet: www.dielinke-mahe.de
E-Mail: bezirk@dielinke-marzahn-hellersdorf.de